

Ukrainerinnen vor üblen «Helfern» schützen Parlaments-Anfrage EVP-Parlamentarierin Barbara Huizinga will vom Stadtrat wissen, wie Winterthur die geflüchteten Frauen aus der Ukraine vor Ausnutzung schützen will.

Deborah von Wartburg

Etwa 1000 Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, kommen täglich in Zürich an. Die Solidarität ist gross, viele Schweizer bieten privaten Wohnraum an. Doch leider mischen sich unter sehr viele gut gemeinte Angebote auch solche, die aus der Not der Geflüchteten Kapital schlagen wollen oder diese als Gelegenheit für sexuelle Übergriffe sehen. So sagt ein Experte für Menschenhandel, dass Krieg das Risiko für Frauen markant erhöht, Opfer von Menschenhandel zu werden.

Auch Winterthur nimmt einen Teil der Geflüchteten auf – viele landen zuerst in einer der Asylunterkünfte, etwa im bald eröffneten Teuchelweiher. Andere finden private Unterbringung. Die Stadtparlamentarierin Barbara Huizinga (EVP) lanciert nun in Winterthur eine Debatte zum Schutz der geflüchteten Ukrainerinnen vor Ausbeutung. Sie reichte eine schriftliche Anfrage ein, um vom Stadtrat zu erfahren, wie Winterthur die Flüchtlinge schützen will.

Frauen in Abhängigkeiten

Huizinga arbeitet als Pflegefachfrau in der gynäkologischen Abteilung des Kantonsspitals Winterthur. «Dort haben wir leider immer wieder mit Notfällen zu tun, bei denen Frauen aus Asylzentren mutmasslich Opfer von Vergewaltigungen wurden. Vor allem bei gemischten Unterkünften.» Generell seien die Mitarbeiterinnen im KSW häufig mit Misshandlungen von Frauen konfrontiert, die sich in ei-

nem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Mann befänden.

Diesbezüglich sei es bedenklich, dass die Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine eine sehr weibliche sei. In der Vergangenheit sei das Menschenhandel-Monitoring immer hochgeschwellig, wenn viele Menschen geflüchtet seien. «Auch jetzt werden Leute beobachtet, die am Hauptbahnhof Zürich stehen und versuchen, die Ankommenden für missbräuchliche Zwecke anzuwerben.» Im Rotlichtmilieu würden gezielt Frauen slawischer Herkunft gesucht.

Monitoring von privaten Gastfamilien

Problematisch sei in diesem Zusammenhang, dass viele Geflüchtete, die bei Privaten unterkommen, sich nicht registrieren. Auch Sozialstadtrat Nicolas Galladé (SP) sagte bei der Pressekonzferenz zum Teuchelweiher, dass die Behörden wegen der vielen privaten Aufnahmen keinen Überblick hätten, wie viele Menschen tatsächlich in die Schweiz geflüchtet seien.

Huizinga fordert deshalb eine Registrierungspflicht und ein Monitoring der privat aufgenommenen. «In regelmässigen Gesprächen muss die Stadt nachfragen, wie es den Geflüchteten und der Gastfamilie geht.» Und sie müsse – zum Schutz der Flüchtlinge – auch unangenehme Fragen stellen. Auf diese Weise könne man sexueller Ausbeutung, aber auch missbräuchlichen Arbeits- und Wohnangeboten auf die Schliche kommen. Etwa solchen, bei denen die Ge-

flüchteten gegen Kost und Logis gratis als Putzfrau oder Nanny angestellt werden.

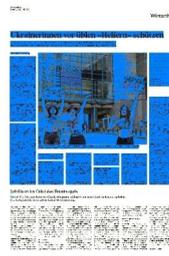
Spätere Flüchtlinge sind vulnerabler

Bei der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration in Zürich wurde seit Beginn des Kriegs in der Ukraine noch kein Fall von Menschenhandel registriert. Geschäftsführerin Lelia Hunziker sagt, man gehe jedoch davon aus, dass es zu Fällen kommen werde. Hunziker, die für die SP im Aargauer Kantonsrat sitzt, vermutet als Gründe für eine fehlende Registrierung ein geringes Systemvertrauen sowie die Absicht, ohnehin bald in die Ukraine zurückzureisen. Das unübersichtliche, aber aktive Online-Netzwerk für Wohnungen und Jobs beunruhige die Fachstelle.

Generell hätten die Flüchtlinge aus der Ukraine im Gegensatz zu Geflüchteten aus anderen Gebieten jedoch Sicherheitsvorteile. «Erstens gibt es legale Fluchtwege ohne Meer dazwischen. Die Leute sind nicht auf Schlepper angewiesen, sie können Züge gratis benutzen.» Zweitens verfügten viele der Flüchtenden über ein Auto, über Bildungs- und Sprachkapital, wodurch sie selbstständiger seien.

«In jeder Fluchtsituation fliehen zuerst die Personen, die mehr Ressourcen haben», sagt Hunziker. Mit längerer Konfliktdauer würden die Flüchtenden aber immer ärmer und damit vulnerabler für Ausbeutung. «Das macht uns Sorgen, weil gleichzeitig die Solidarität und Hilfsbereitschaft abnehmen wird.»

Bei Kollektivunterkünften wie



im Adlergarten oder im Teuchelweiher brauche es zwingend geschlechtergetrennte Stockwerke und 24 Stunden Wachpersonal auf dem Frauenstockwerk. «Wir verlangen seit Jahren gebetsmühlenartig mehr Sicherheit für Frauen», sagt Hunziker. «Viele unserer Klientinnen trinken ab Mittag nichts mehr, weil sie sonst nachts auf die Toilette gehen

müssen und der Weg dorthin an Männerzimmern vorbeiführt.» Nicolas Galladé will sich als Vorsteher des Sozialdepartements noch nicht zur Anfrage von Barbara Huizinga äussern, um der Stadtratsantwort nicht vorzugreifen. Dieser hat nun drei Monate Zeit, eine Antwort auf die Anfrage auszuarbeiten.



Drei Femen-Aktivistinnen protestieren vor dem Europaparlament in Brüssel. Auch in Winterthur bereitet die drohende Ausbeutung von geflüchteten Ukrainerinnen Sorge. Symbolfoto: Aris Oikonomou (AFP)



**«Viele unserer
Klientinnen trinken
ab Mittag nichts
mehr, weil sie
sonst nachts auf
die Toilette
gehen müssen.»**

Lelia Hunziker
Geschäftsführerin
Fachstelle Frauenhandel und
Frauenmigration